

# Der Gewerksverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.  
Wochensatzpreis 0,75 Mk.;  
bei jeder Bestellung durch den Briefträger  
ins Haus 15 Pf. mehr.  
Alle Verordnungen nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben  
unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände  
vom  
**Zentralrat der Deutschen Gewerksvereine**  
(Stich-Drucker)  
Berlin N.O. 65, Greifswalder Straße 221/223.

Anzeigen pro Zeile:  
Geschäftsanz. 25 Pf., Familienanz. 15 Pf.  
Vereinsanz. 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.  
Redaktion und Expedition:  
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/223.  
Fernsprecher: Amt Königstadt, Nr. 423.

Nr. 30.

Berlin, Sonnabend, 13. April 1912.

Vierundvierzigster Jahrgang.

## Inhalts-Verzeichnis:

Der englische Bergarbeiterstreik und seine Folgen.  
— Ostertragungen. — Ein interessanter Rechtsfall. —  
Allgemeine Rundschau. — Gewerksvereins-Zeile. —  
Verbands-Zeile. — Anzeigen.

### Der englische Bergarbeiterstreik und seine Folgen.

Nach fast sechswöchiger Dauer hat der Streik in der englischen Kohlenindustrie sein Ende erreicht. In den letzten Wochen hatte sich hier und da ein Abbröckeln der Bewegung bemerkbar gemacht. Eine gewisse Streikmüdigkeit trat in fast allen Bezirken zutage, die nicht zum kleinsten Teil auf die Annahme des Mindestlohngesetzes zurückzuführen war. Deshalb hatten die Bergarbeiterführer eine Urabstimmung über die Fortführung des Streiks eingeleitet, die das Resultat zeitigte, daß rund 244 000 Arbeiter für und 201 000 gegen die Fortführung des Streiks stimmten. Der Vorstand der Bergarbeiterverbände aber sowohl wie auch die nach London berufene nationale Konferenz der Bergleute sprach sich dahin aus, daß für die Fortführung des Kampfes eine Zweidrittel-Mehrheit vorhanden sein müsse. Deshalb wurde beschlossen, den Kampf abzubreden und die Arbeiter aufzufordern, ihre Beschäftigung wieder aufzunehmen. Dieser Beschluß wurde mit 440 gegen 125 Stimmen gefaßt, wobei jede Stimme 1000 Arbeiter vertrat. Die englischen Arbeiter haben der Parole ihrer Führer ebenso willig Folge geleistet, wie sie den Kampf einmütig begonnen haben. Fast überall ist die Arbeit in den Bergwerken wieder aufgenommen worden. Ueber die Lage unterrichtet am besten ein Ausfall unseres ständigen englischen Mitarbeiters, der allerdings aus den letzten Tagen des Streiks stammt, als jedoch schon deutlich zu erkennen war, daß der Kampf zu Ende ging. Unser Korrespondent schreibt:

Es scheint fast unglücklich, welche gewaltigen Opfer die Leute für die Sache der Solidarität gebracht haben. Vieles handelte es sich ja um nichts weiter als den Solidaritätsgedanken, denn die Säuer verdienen weitaus mehr, als sie forderten, und in Warwickshire war der geforderte Minimallohn sogar niedriger als der Minimallohn, der vor dem Streik freiwillig von den Grubenbesitzern bewilligt worden war. Es handelte sich eben diesmal weniger um fühlbare Beschwerden, denen abgeholfen werden sollte, sondern um eine mehr prinzipielle Frage. Die große Majorität wurde damals erzielt, weil die Leiter der Trade Unions damit rechneten, daß in ein bis zwei Wochen die Grubenleitungen würden nachgeben müssen. Diese Annahme hat sich als irrig herausgestellt, und es scheint sicher, daß hieraus wichtige Lehren für zukünftige Aktionen gezogen werden. Die Struktur der Gesellschaft ist in England trotz aller scheinbaren Freiheit zu fest gefügt, daß sich so anarchische Zustände, wie beispielsweise in Frankreich bei den Generalstreiks nicht entwickeln konnten. Und die gewerkschaftliche Schulung hat die Arbeiter in einer Weise erzogen, daß nur in wenigen Fällen die Polizei und das Militär eingukreiten brauchte. Man denke sich: bei einer Zahl der Streikenden von über einer Million und Arbeitslosen anderer Berufs, in einer Anzahl von 1 200 000, die infolge Kohlenmangels feiern mußten!

Was ist nun die Bilanz des Streiks für die Arbeiter? Es gingen ihnen zunächst — bis zum letzten Sonnabend — ungefähr 23 Millionen Arbeitstage verloren, was einem Lohnverlust von nahe an Sterl. 6 000 000 (Mk. 120 000 000) entspricht. Die gezwungen feiernden Arbeiter verloren ungefähr 13 Millionen Arbeitstage mit Sterl. 3 000 000 (Mk. 60 000 000). Vom Montag dieser Woche ab beträgt

der tägliche Verlust über Sterl. 700 000 (Mk. 14 000 000). Der Gesamtverlust bis Ostern wird sich danach gering geschätzt auf Sterl. 13 000 000 (Mk. 260 000 000) stellen. Der Ausfall an Arbeitstagen in den 4—5 Wochen beläuft sich auf 50 Mill., während bei den 4637 Streiks der zehn Jahre 1901 bis 1910 der Ausfall nur 41 600 000 Arbeitstage betrug. Hierzu tritt die Einbuße an Erparnissen, die sich ebenfalls auf mehr als 20 Millionen Mark belaufen mögen; denn die Arbeiter haben den Rat der Führer, sich nach Möglichkeit zu amüsieren und unter keinen Umständen Ausschreitungen zu begehen, strikt befolgt. Kommen noch die Verluste der Trade Unions. Die Bergarbeitergewerksvereine haben bis jetzt rund Sterl. 1 300 000 (Mk. 20 Mill.) an Streikunterstützung ausgezahlt. Die Unions sind natürlich nicht gleichmäßig stark betroffen. Nur vier haben noch Fonds über Sterl. 100 000 (2 Mill. Mark), die übrigen sind arg zusammengeschmolzen. In Nordwales, Warwickshire, Cumberland, Somerset, Britol, Cleveland, Cannock, Chais, Northumberland, Lancashire und Cheshire und Südwales sind die Fonds völlig erschöpft. In Staffordshire, Leicester, Süd-Devonshire, Worcester und Shropshire reichen die Mittel noch 1—2 Wochen. Die vier reichen Distrikte werden zwar durch Anleihen oder Zuschüsse ausbessern können, aber auch nicht sehr lange. Ein Streik größeren Umfangs wird danach auf längere Zeit kaum möglich sein. Ferner sind die Fonds der Trade Unions in anderen Industrien geschwächt worden, deren Arbeitslosenunterstützung gewöhnlich doppelt so hoch ist wie die Streikunterstützung. Vergangene Woche wurden nicht weniger als Sterl. 383 000 (Mk. 7 660 000) ausgezahlt.

Der positive Erfolg des Streiks ist in dem Minimallohngesetz gegeben, das jeden Arbeitgeber verpflichtet, allen unter Tage beschäftigten Arbeitern einen festgesetzten Mindestlohn zu zahlen, wenn sie nicht „alt“ oder „schwachlich“ sind oder durch ungenügende Arbeitsleistung des Rechtes auf Mindestlohn verlustig gegangen sind. Einzelheiten hierüber sind in Distriktsregulationen niedergelegt, deren Fassung durch Distriktsämter zu geschehen hat. In den Distriktsämtern müssen Arbeitgeber und Arbeiter in gleicher Zahl vertreten sein. Der Vorsitzende wird von den Parteien gewählt, oder wenn diese sich nicht einigen können, vom Handelsamt bestimmt. Wenn innerhalb zwei Wochen nach dem Inkrafttreten des Gesetzes ein solches Amt in einem Distrikt noch nicht besteht, kann das Ministerium Personen hierfür ernennen. Die Lohnräten müssen fünf Wochen nach dem Inkrafttreten des Gesetzes vereinbart sein.

Die Arbeiter werden nun vor den Distriktsämtern ihre Lohnforderungen vertreten müssen. In Warwickshire war bereits vor dem Ausbruch des Streiks eine Einigung erzielt und in anderen Distrikten war nur eine geringe Differenz zwischen den Parteien vorhanden, die jetzt ausgeglichen werden muß. Die Tatsache, daß der bewilligte Lohn in Warwickshire höher ist, als der in den Streikforderungen festgesetzte, läßt darauf schließen, daß die Arbeitgeber eine Lohnerhöhung sehr gut ertragen können, ohne daß die Rentabilität des Betriebes zu stark herabgedrückt wird. Es gibt aber auch eine ganze Anzahl kleinerer Gruben, die während des Streiks dauernd geschlossen wurden. Eine Anzahl anderer müssen folgen, in denen der Abbau bei vermehrten Produktionskosten sich nicht mehr lohnt oder die der Erschöpfung nahe sind. Einige tausend Arbeiter werden vielleicht hier beschäftigungslos werden, doch ist diese Katastrophe auf keinen Fall so umfangreich, wie in den konservativen Kreise behauptet wird. An die Stelle der alten Gruben treten neue, größere. Die noch uneröffneten Kohlenlager Englands sind groß genug, um die doppelte Zahl von Grubenarbeitern zu beschäftigen wie jetzt.

Der Blick der Interessenten ist aber durch den Streik auf die Ersatzmittel für Kohle gelenkt worden. Der Gedanke der Petroleumfeuerung hat in den vergangenen vier Wochen mehr Anhänger gefunden, als dies unter normalen Verhältnissen in einem Jahre möglich gewesen wäre. Einige Bahnen haben Probefahrten unternommen lassen und sind von dem Resultat vollkommen befriedigt. Industrielle Werke haben auch Abfallstoffe verwendet, und in Irland will man die bisher unbenutzten gewaltigen Torfläachen abbauen, die schätzungsweise 1 800 000 Tonnen Brennstoff liefern würden. Alle diese sogenannten Ersatzmittel können jedoch kaum etwas anderes sein als Ergänzungen, denn der Bedarf an Energie steigt so immens, daß alle verfügbaren Quantitäten von Feuerungstoffen der Nachfrage kaum genügen.

Ernstlicher Schaden ist indirekt den Bergarbeitern allerdings erwachsen durch den Ausfall an Kohlelieferungen, die nach Deutschland, Frankreich und den Vereinigten Staaten vergehen wurden. Der Exportrückgang für März beträgt annähernd 5 314 000 Tonnen im Werte von 65 000 000 Mk. Ein Teil davon wird nachgeliefert werden können, aber wie hoch sich dieser beziffert, wird erst aus der Exportstatistik für April festzustellen sein. Der „Boom“ wird sich nach Ostern ohne Zweifel einstellen. Es wird den Exporteuren Millionenverdienste bringen, aber die Engländer selbst werden noch lange Notstandspreise zu zahlen haben. Es wird daher von manchen Seiten vorgeschlagen, einen Exportzoll auf Kohle einzuführen, der ungefähr Sterl. 2 000 000 (40 000 000 Mk.) jährlich einbringen soll. Die liberale Regierung wird auf diesen Vorschlag jedoch scharflich eingehen. Auch die übrigen Industrien haben selbstverständlich Millionenverluste erlitten, die nicht in allen Fällen durch Nachlieferungen eingeholt werden können.

Die Anerkennung eines Minimallohnes durch die Regierung darf in ihrer Tragweite nicht unterschätzt werden. Noch vor wenigen Wochen hatte der Regierungsvertreter im Unterhause gelaßt, daß Minimallöhne nicht annehmbar seien. Der Premierminister wollte auch nur Minimallöhne für Arbeit an schwierigen Plätzen bewilligen; aber diese Einschränkung ist fallen gelassen worden. Jetzt bestehen also gesetzliche Mindestlöhne für die schlechtest entlohnten wie für die bestbezahlten Gruppen der englischen Arbeiterschaft. Es ist kaum möglich, anderen, dazwischen befindlichen Gruppen eine gleiche gesetzliche Regelung des Lohnes zu verweigern. Die in Aussicht stehenden Streiks haben zu einer allgemeinen Beunruhigung geführt, und in liberalen wie konservativen Blättern wird die Regierung aufgefordert, etwas zu tun, um der Wiederholung einer ähnlichen nationalen Katastrophe vorzubeugen. Man schlägt die Einsetzung einer Kommission zur Untersuchung der Arbeiterfrage vor, aber diese würde Jahre hindurch tagen, ohne zu anderen Schlüssen zu kommen, als sie heute bereits bekannt sind. Das Arbeiter-Department des Handelsamts besitzt statistische Unterlagen genug, um festzustellen, weshalb die Arbeiter streifen. Sie wollen die gesteigerten Kosten der Lebenshaltung durch eine entsprechende Steigerung der Löhne ausgleichen. Wie weit die Einsicht über die Notlage der Arbeiter gedungen ist, zeigt die Nachricht, daß die Direktoren der North Eastern Railway erkannt haben, die Löhne ihrer Angestellten seien zu niedrig, um diesen und ihren Familien eine Existenz zu sichern. Da nun beide Teile durch Schiedspruch für ein weiteres Jahr an die bestehenden Lohnsätze gebunden sind, sollen Sterl. 70 000 (Mk. 1 400 000) als Bonus an die Arbeiter, die weniger als Mk. 24 wöchentlich verdienen, verteilt werden.

Hier liegt das Uebel und hier ist auch die Kur. Wir finden in zwei Welt von einander getrennten

Blättern, dem konservativen „Daily Telegraph“ und dem liberalen „Economist“ denselben Gedanken ausgedrückt: Wenn die Gesellschaft von weiteren und schlimmeren Arbeiterbewegungen, wie sie England in den letzten neun Monaten durchlebt hat, verschont bleiben soll, so muß ein menschlicheres System der Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitern an Stelle des jetzigen treten: Gewinnbeteiligung und Verhandlungen auf der Basis der Gleichberechtigung, verbunden mit Schieds-zwang.

### Ostertagungen.

Ostern ist das Fest des kommenden Frühlings. Wenn auch in diesem Jahre die ungünstige Witterung das sprossende Grün zurückgehalten hat, so weiß doch die Menschheit, daß es trotz aller Stürme Frühling in der Natur werden muß. Aus dem Grün werden Blüten und später Früchte. Bevor die Natur aber solche hervorbringt, bedarf es auch vieler menschlicher Arbeit, denn wer ernten will, muß säen! Das predigt das Osterfest allen Menschen.

Deshalb ist es von guter Vorbedeutung, wenn unsere Kollegen zu Ostern in den einzelnen Landes-teilen zusammentreten, um namentlich die Frage der Agitation eingehend zu besprechen und die Richtlinien festzulegen, nach welchen in der nächsten Zeit gearbeitet werden soll. Zu solchem lobenswerten Streben trat zusammen am 1. Osterfeiertag der Mitteldeutsche Ausbreitungsverband der Deutschen Gewerkschaften, der seinen 8. Delegiertentag in Heitz abhielt. Der Delegiertentag, auf welchem neben einer großen Anzahl von Gästen sich 21 Vereine durch 25 Delegierte vertreten ließen, tagte unter der Leitung des Kollegen Spröte-Galle. Die Tagung nahm den ganzen Tag in Anspruch. Nach Erledigung der Mandatsprüfung erstattete der Vorstand seinen Tätigkeitsbericht, der erkennen ließ, daß der Ausbreitungsverband manches getan hat, um die Organisation zu fördern. Leider hat die oft mühselige Arbeit nicht immer den erwünschten Erfolg gebracht, weil infolge der Unzulänglichkeit der „freien“ Gewerkschaften auch in Mitteldeutschland die gelben Werkvereine hindern in den Weg traten. Trotzdem konnte eine große Anzahl Vereine besucht und zur Aufmunterung in der Organisation beitragen werden. Die angeschlossenen Vereine beschäftigten sich auf Anregung des Vorstandes auch vielfach mit gutem Erfolge mit der Jugendbewegung. Eine rege Diskussion erkannte die Arbeit des Vorstandes an und bedauerte nur, daß einzelne Vereine sehr viel Lauheit zeigen. Nach Erstattung des Jahresberichts wurde dem Vorstand Entlastung erteilt. Es referierte sodann Verbandsschreiber Kollege Neustedt-Berlin, der als Vertreter des Zentralrats der Tagung wohnte, über „Das Arbeitsrecht“. Der Vortrag fand großen Beifall. Die Vereine wurden verpflichtet, für die Verwirklichung der Idee eines einheitlichen Arbeitsrechts unermüdet zu wirken. Ueber die Jugendbewegung referierte Kollege Polakowsky-Weißfels. Der interessante Vortrag zeitigte ebenfalls eine rege Diskussion, in welcher der Vertreter des Zentralrats praktische Vorschläge zur Gründung und Leitung von Jugendabteilungen gab. Bei der Erledigung der vorliegenden allgemeinen Anträge spielte die Zeitungsfrage, über welche Kollege Spröte-Galle referierte, eine Hauptrolle. Nach eingehender Diskussion wurde beschlossen, dem Verlage der täglich erscheinenden „Deutschen Gewerkschaftszeitung“ einen Betrag von 300 Mk. jährlich zur Verfügung zu stellen zum Ausbau der Zeitung durch gewerkschaftliche und sozialpolitische Artikel. Auch der Um-satz von Preßfondsmarken soll gefördert werden. Es wurde dann noch ein Antrag angenommen, welcher den Vorstand beauftragt, auf dem Lande und in Landstädten mit Hilfe der Vertrauens-männer und Ortsverbände zunächst Ortsvereine der Fabrik- und Handarbeiter zu gründen, um schließlich bei Vorhandensein einer größeren Zahl von Berufsarbeitern diese den Berufsvereinen zuzuführen. Als Vorort wurde Halle wiedergewählt, als Tagungsort des nächsten Delegiertentages Erfurt bestimmt. Mit dem Gelübnis, treu zur Fahne zu halten und unermüdet für unsere gute Sache zu wirken, trennten sich die Kollegen.

Der Landesverband der Deutschen Gewerkschaften im Königreich Sachsen trat am 2. Osterfeiertag in Roffen zu seinem 30. Delegiertentage zusammen. Die Verhandlungen wurden hier geleitet durch Kollegen Riedel-Döbeln, dessen Platz durch ein Blumenarrangement geschmückt war, weil der Kollege vor kurzem sein 25jähriges Gewerkschaftsjubiläum begehen konnte. Den Jahresbericht des Vorstandes erstattete in umfassender Weise Kollege Spilger-Dresden als Vorsitzender des Landesverbandes. Er gab ein interessantes Bild der ge-

samtlichen Arbeiterbewegung im Königreich Sachsen. Der Vorstand hatte sehr viel Arbeit mit der Organisation des Bundes der Angenehmstellungen. In der Öffentlichkeit finden die Gewerkschaften in Sachsen steigende Anerkennung. J. B. berief der Minister den Kollegen Berndt-Dresden zu einer Konferenz über die Gemeindesteuerfrage. Das Verhältnis zu den Ausschüssen der nationalen Vereine ist ein gutes. Der Landesverband hat dann ferner versucht, eine Statistik aufzustellen, welche aber seitens der Ortsvereine nicht immer genügende Unterstützung fand. In der Diskussion wurde diese Interesslosigkeit scharf verurteilt. Die Vertreter wurden angewiesen, auch auf die nicht angeschlossenen Vereine dahin zu wirken, daß in Zukunft solche statistischen Arbeiten in regerem Maße unterstützt werden. Der Jahresbericht wurde vom Kollegen Güricher-Dresden erstattet. Es standen dann ferner auf der Tagesordnung drei Referate. Ueber die Vertreterwahlen auf Grund der Reichsversicherungsordnung sprach Kollege Berndt-Dresden. Das Referat gab einen informativsten Hinweis über die Zusammenlegung der Behörden und betonte die Wichtigkeit der Vertreterwahlen. Die Vereine sollen angehalten werden, sich mit dieser Frage recht eingehend zu beschäftigen. Die Frage der Gefährdung des Koalitionsrechts wurde von Herrn Professor Dr. Kahn-Dresden eingehend behandelt. Der Referent erörterte die Stellung der einzelnen Landtage zu dieser Frage. Die Schar-macher drängen nach einem reichsgesetzlichen Schutz der Arbeitswilligen, der durch Verschärfung der Strafgesetze zustande gebracht werden soll. Nach scharfer Verurteilung des Vorgehens betonte der Referent, wie notwendig ein weiterer Ausbau des Koalitionsrechts im Interesse der deutschen Volkswirtschaft sei und besprach in ausführlicher Weise die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine und die Schaffung eines Arbeitsrechts. Nach einer interessanten Ausbroche gelangte nachstehende Reso-lution einstimmig zur Annahme:

„Die heutige Versammlung des Landesverbandes der Deutschen Gewerkschaften im Königreich Sachsen protestiert einmütig gegen jede Einschränkung des Koalitionsrechts und gegen jede Strafverschärfung bei seiner Ausübung. Mit diesem Protest verbindet die Versammlung die Forderung nach dem notwendigen Ausbau der Koalitionsfreiheit und verlangt in erster Linie Rechtsfähigkeit der Arbeiterberufsvereine, ein Reichseinigungsamt und vor allem eine Reform des Arbeitsvertrages und Arbeitsrechts.“

Auch die Jugendorganisationsfrage kam auf dieser Tagung zur Sprache. Koll. Spilger-Dresden referierte über die Aufgaben des Jugendbundes der Deutschen Gewerkschaften. Der Referent gab ein umfassendes Bild der Bestrebungen auf dem Gebiete der Jugendbewegung. Auch hier konnte in der Diskussion Kollege Neustedt-Berlin als Vertreter des Zentralrats praktische Hinweise zur Gründung und Leitung von Jugendabteilungen geben. Unter allgemeinen Anträgen wurde beschlossen, einen freiwilligen Extrabeitrag bei den angeschlossenen Vereinen anzu-regen, um für die Agitation größere Mittel zur Verfügung zu haben. Der Vorort verbleibt in Dresden. Die bisherigen Vorstandsmitglieder wurden einstimmig wiedergewählt, nachdem die Versammlung den Dank für die geleistete Arbeit zum Ausdruck gebracht hatte. Als Tagungsort des nächsten Delegiertentages wurde Leipzig ge-wählt. Mit einem begeisterten Hoch auf die Ge-werkschaftsbewegung konnte der Delegiertentag geschlossen werden.

Unsere Württemberger Kollegen hatten während der Osterfeiertage zu Schram-berg i. Schwarzwald eine Landesversammlung der württembergischen Ortsvereine inверsufen. Vier-vertat Kollege Varnholt-Ulm im Auftrage des geschäftsführenden Ausschusses den Zentralrat. 28 Delegierte vertraten 24 Ortsvereine: eine große Anzahl von Gästen wohnte den Verhandlungen bei, darunter auch einige Herren aus bürgerlichen Kreisen und ein Vertreter des Bürgerausschusses. Das Hauptreferat hielt Kollege Varnholt über „Soziale Fragen der Zeit und unsere Aufgaben der Zukunft“. Das gründliche Referat wurde mit großem Beifall aufgenommen. Den Tätigkeitsbericht erstattete Kollege Fuchs-Cannstatt, der gleichfalls die Anerkennung der Versammlung fand. Aus dem Tätigkeitsbericht ist zu ersehen, daß die württembergischen Ortsvereine, denen ein Beamter ihres Gewerkschafts nicht zur Verfügung steht, sich zu einer In-titutionsvereinigung zusammengeschlossen haben gegen Zahlung eines entbrennenden Beitrages. Die Landeszentrale soll auch ferner beibehalten werden. Sie soll namentlich den Behörden und der Öffentlichkeit gegenüber die Interessen der Deutschen Gewerkschaften vertreten und dann auch

die Statistik pflegen. Der Sitz wurde in Stuttgart belassen. Kollege Fuchs-Cannstatt soll die Arbeiten ehrenamtlich leiten. In den Landesaus-schuss wurden gewählt die Kollegen Fallischer-Ulm, Stöckelbrand-Cannstatt, Scheffold-Biberach und Reim-Söppingen. Alljährlich soll eine Landesversammlung in Verbindung mit dem Eisenbahntag unserer württembergischen Eisen-bahner stattfinden. Die württembergische Landes-versammlung, die bereits am 1. Feiertag begonnen hatte, konnte am 2. Oftertage nachmittags durch den Vorsitzenden, Kollegen Fallischer-Ulm ge-schlossen werden.

Die Verhandlungen der Zusammenkünfte waren alle von echtem Gewerkschaftsgeist getragen. Ueberall sehen die Kollegen begeisterungsvoll in die Zukunft. Wenn auch die Arbeiten zur Förderung der Gewerkschaftsorganisation rechts und links heftigen Widerstand finden, so wird und muß doch die gute Arbeit der Kollegen in allen Teilen unseres deutschen Vaterlandes unsere gute Sache zur weiteren Entwicklung und zur Anerkennung bringen.

### Ein interessanter Rechtsfall.

In der Unfallversicherungssache des Hand-lungsgehilfen Bruno Krebs in Breslau, Klägers und Rekuralklägers, gegen die Lager-ei-Berufsgenossenschaft, Beklagte und Re-kursbeklagte, hat das Reichsversicherungsamt in seiner Sitzung vom 29. Februar 1912, in welcher der Handlungsgehilfe durch unsern Verbandsvor-sitzenden Karl Goldschmidt vertreten wurde, für Recht erkannt:

Unter Aufhebung des Urteils des Schieds-gerichts für Arbeiterversicherung in Bromberg vom 14. August 1911 und des Bescheids vom 27. Juni 1911 wird der Anspruch aus dem Unfall des Klägers vom 6. März 1911 dem Grunde nach für gerech-tigert erklärt.

#### Gründe:

„Das Reichsversicherungsamt hat sich der Auf-fassung der Beklagten und des Schiedsgerichtes, daß der Kläger bei einer unbeschränkten Tätigkeit beruht, nicht an-schließen können. Der Lagerungs- und Be-förderungsbetrieb der Firma Seemann Gohn ist bei der Beklagten auf Grund des § 1 Abs. 1 Ziffer 7 des Gewerbe-Unfallversicherungsgesetzes ver-bietet. Der Kläger, der vorwiegend unbeschränkte kaufmännische Verrichtungen (Verkaufstätigkeit und Kantorarbeit) zu versehen hatte, hat deshalb nur dann einen Entschä-digungsanspruch gegen die Beklagte, wenn er bei einer Lagerungs- oder Beförderungstätigkeit beruht. Der Unfall hat sich nun untreitig in einem als Lager-raum dienenden Kellerraum dabei ereignet, als der Kläger aus einem dort gelagerten Fohlen Blechtafel eine solche Tafel für einen kauftüchtigen im Keller an- wesenden Kunden herausnehmen wollte, also beim Um-gehen mit einer Ware in einem besonderen Lager-raum zur Vorlegung an einem kauftüchtigen Kunden. Solche Tätigkeiten sind nach dem Reichsversiche-rungsamt aufgestellten Grundbächen als Lagerungs-arbeiten der Versicherung unterstellt (zu vergleichen Handbuch der Unfallversicherung Band I Nummerung 137 zu § 1 des Gewerbe-Unfallversicherungsgesetzes Seite 172 ff. vor allem Seite 174 Ziffer 3). Ob während der Tätigkeit des Angefallenen im Lager-raum der Kunde sich im eigentlichen Verkaufsraum (Kaden) oder im Lagerraum aufhält und letzterenfalls die ihm possende Ware bezeichnet ist für die Beurteilung der streitigen Frage ohne entscheidende Bedeutung.“

Demnach ist der Kläger bei einer beschränkten Ar-beit beruht und hat einen Anspruch gegen die Be-klagte auf Unfallentschädigung. Dem Rekurse war da-her stattzugeben und der Anspruch des Klägers auf Unfallentschädigung dem Grunde nach für gerech-tigert zu erklären.“

### Allgemeine Rundschau.

Freitag, den 12. April 1912.

**Landarbeiter erwache!** Mit diesem Mahnruf wendet sich die Sektion der Land-, Forst- und Gartenarbeiter unseres Gewerkschaftsbundes der Deutschen Fabrik- und Handarbeiter an die landwirtschaftlichen Arbeiter, um sie dadurch zum Anschluß an die Organisation zu bringen. In eindringlichen Worten wird ihnen ihre schlechte soziale Lage vor Augen geführt und geschildert, wie sie gegenüber den gewerblichen Arbeitern unter einer Ausnahme-gesetzgebung zu leiden haben. Noch immer unterliegen sie den längst veralteten Ge-sindeordnungen; das Koalitionsrecht wird ihnen vorenthalten, und selbst durch die moderne Gesetzgebung werden die Landarbeiter schwer benach-teiligt. Das hat sich insbesondere auch bei der Ein-führung der Landfrankenlofen durch die Reichs-versicherungsordnung gezeigt, wodurch das Abhän-gigkeitsverhältnis von den Gutsherrn noch ver-größert wird. Wollen die Landarbeiter bessere Verhältnisse erringen, so können sie dies nur durch eine starke Organisation erreichen. Deshalb müssen sie sich unserer Sektion der Land-, Forst- und

Gartenarbeiter anschließen, die auch durch ihre Unterstüßungseinrichtungen ihren Mitgliedern einen starken Rückhalt in allen Nötlagen des Lebens bietet.

Es wäre im Interesse der Landarbeiter dringend zu wünschen, daß dieser Appell bei ihnen lebhaften Widerhall findet. Dazu können alle Gewerksvereinskollegen beitragen, wenn sie für möglichste Verbreitung des Flugblattes sorgen. Dasselbe wird vom Generalrat des Gewerksvereins der Deutschen Fabrik- und Handarbeiter in Burg bei Magdeburg, Franzosenstr. 47, gern zur Verfügung gestellt.

**Nachklänge zum Streik der deutschen Bergarbeiter.** Die Lohnaufbesserungen, die man den Arbeitern zum 1. April in Aussicht gestellt hatte, sind entweder ganz ausgeblieben oder überaus geringfügig ausgefallen. In Obersachsen hat man hier und da kleine Zulagen gewährt, die aber zum Teil jeden Augenblick widerrufen werden können. Aus dem Ruhrrevier dagegen hört man so gut wie gar nichts von Lohnerböhen. Offenbar will man die Arbeiter für den Verzicht, durch den Streik etwas zu erreichen, bestrafen. Wie mag wohl angesehen dieser Sachlage den christlichen Führern zu Mute sein, die auf die freiwilligen Lohnzulagen sich verlassen haben? Für ihre Stimmung ist ein Schreiben bezeichnend, das, wie erst später bekannt geworden ist, am 25. März vom Gewerksrat christlicher Bergarbeiter an den Zechenverband gerichtet worden ist. Darin wird auf die Einbehaltung der 6 Schichtlöhne verwiesen, die zwar berechtigt sei, aber die Arbeiter zu hart treffe. Deshalb wird an den Zechenverband das Ersuchen gerichtet, die einbehaltene Kontraktstrafe wieder zurückzahlen auch an die freiwillig streikenden Bergleute, die sich von ihren Führern zum Streik, und zum Kontraktbruch hätten verleiten lassen. Bezeichnend ist, daß der Zechenverband auf dieses Schreiben bisher noch keine Antwort erteilt hat. Trotz ihres Wohlverhaltens müssen sich die christlichen Führer gefallen lassen, in dieser geringfügigen Weise von den Bergherren behandelt zu werden. Sie haben es auch nicht besser verdient.

Wie man übrigens selbst in christlichen Kreisen über das Verhalten des christlichen Bergarbeiterverbandes denkt, das zeigt folgende Resolution, die die Zahlstelle Bremen des christlichen Arbeiterverbandes angenommen hat:

„Die im Colosseum tagende Mitgliederversammlung des Zentralverbandes christlicher Bergarbeiter, Zahlstelle Bremen, spricht den deutschen Bergarbeitern im Ruhrgebiet, die um ihre berechtigten Forderungen gekämpft haben, die vollsten Sympathien aus. Die Versammelten erkennen, daß der Kampf nur aus Mangel an Solidaritätsgesinnung der Arbeiter verloren ging, wir hoffen, daß dieser Streik den Gewerksbesitzern sowie der Regierung zur Genüge bewiesen hat, daß die Forderungen der Bergarbeiter berechtigt sind, und erwarten, daß die maßgebenden Instanzen diesen Wünschen baldigst Rechnung tragen.“

Wie die Bremer Arbeiter, so denken sicherlich viele andere christlich organisierte Arbeiter auch. Namentlich in ihrem Gewerksverein der Bergarbeiter wird man mehr und mehr erkennen, welche schwere Schuld die christlichen Führer durch ihr Verhalten beim Bergarbeiterstreik auf sich geladen haben.

**Das Inkrafttreten des Hausarbeitgesetzes am 1. April hat der „Arbeitsberztg.“** Anlaß zu allerlei tiefgründigen Betrachtungen gegeben. Das genannte Blatt ist mit dem Geleze recht unzufrieden; wir bekantlich auch. Aber während wir der Meinung sind, daß der Mangel des Gesetzes darin besteht, daß es dem Heimarbeiterelend nicht an die Wurzel geht, beklagt die „Arbeitsberztg.“, daß das Hausarbeitgesetz zu gründlich ist. Selbst die Sachverständige gehen ihr zu weit, die den Unternehmern recht unbequem werden könnten.

Es hätte natürlich keinen Zweck, uns mit der „Arbeitsberztg.“ über diese Dinge auseinanderzusetzen. Wir verzichten deshalb auch darauf, möchten aber einen besonders charakteristischen Teil der Ausführungen hier wiedergeben. Als einer der Hauptmängel wird auch die Vorschrift angesehen, daß die Gewerbeinspektion das Recht hat, sich davon zu überzeugen, ob die Arbeitsräume gewissen Mindestforderungen zum Schutze der Gesundheit und der Sittlichkeit der Heimarbeiter genügen. Viele würden sich gegen eine solche Kontrolle sträuben. Darüber heißt es:

„Dies wird besonders in den Streifen der besser situierten Stände der Fall sein, die heute jedenfalls einen nicht unerheblichen Anteil der Heimindustrie ausmachen. Man denke in dieser Beziehung an die Konfektion für bessere Sachen, an die Strickwarenindustrie, welche die Mitarbeit von Frauen aus besseren Kreisen nicht entbehren können, weil nur

diese für feinere Arbeiten das nötige Geschick und den nötigen Geschmack mitbringen. (11) Hier wird noch im besonderen auch die Vorschrift abgelehnt werden, daß die Gewerbeunternehmer Verzeichnisse der Hausgewerbetreibenden mit Angabe der Werkstätten führen müssen, die der Ortspolizeibehörde oder den Gewerbeaufsichtsbeamten jederzeit auf Verlangen zur Einsicht vorzulegen oder einzureichen sind. Wie viele Leute werden sich nicht durch die Scheu, dadurch öffentlich als Heimarbeiterinnen gekennzeichnet zu werden, abhalten lassen, künftig noch solche Arbeiten vorzunehmen! Auf diese Weise wird die Heimarbeit in manchen blühenden Gewerbebezügen wesentlich beschränkt werden, und wo die Unternehmer nicht in der Lage sind, an ihrer Statt Fabrikarbeit vornehmen zu lassen — was an und für sich in sozialem Sinne nicht einmal immer erwünscht ist — ganze Gewerbebezüge geschädigt werden. Das damit auch manchen Familien, bei denen die Frauen, Töchter usw. heute vielfach zum Verdienst beitragen, wesentliche Einnahmequellen genommen werden, liegt auf der Hand.“

Diese Rücksicht auf die Heimarbeiterinnen ist geradezu rührend. Arme Frauen und Mädchen, die jetzt aufhören müssen, sich ein Taschengeld zu verdienen, weil sie sonst in ihrer Wohnung kontrolliert oder gar als Heimarbeiterinnen in einer Liste geführt werden! Werkt das Scharfmacherblatt gar nicht, wie lächerlich es sich macht? Gerade jene Frauen und Mädchen, die Heimarbeit nur treiben, um sich ein Nebeneinkommen zu schaffen, sind es ja, die in rücksichtslosester Weise auf die Löhne der übrigen Heimarbeiterinnen, die auf ihrer Hände Arbeit angewiesen sind, gedrückt haben, weil sie ja die Arbeit eigentlich gar nicht nötig hatten. Wenn solche Elemente durch die gezielten Vorschriften aus der Heimarbeit herausgedrängt werden und damit für die wirklichen Heimarbeiterinnen eine lästige Konkurrenz beseitigt wird, so vermögen wir darin nicht einen Mangel, sondern gerade einen Vorteil des Gesetzes zu erblicken. Jedenfalls zeigt diese kleine Probe wieder einmal deutlich, welche furchtbaren sozialen Auffaltungen in der Redaktion der „Arbeitsberztg.“ herrschen.

**Arbeiterbewegung. Der Kampf im deutschen Schneidergewerbe hat seinen Abschluß gefunden.** Die Einigungsverhandlungen in Jena unter dem Voritz der drei Unparteiischen sind von Erfolg gekrönt gewesen. Am Sonnabend vor Ostern konnten sie abgeschlossen werden. Den Arbeitern wurden erhebliche Zugeständnisse gemacht, so daß beschlossen wurde am Donnerstag nach Ostern allgemein die Arbeit wieder aufzunehmen. Wir werden auf den Ausgang dieses denkwürdigen Kampfes in der nächsten Nummer noch ausführlicher eingehen. Für heute sei nur noch bemerkt, daß auch die Frage eines Reichstaxtarifs erörtert und beschlossen wurde, daß nach drei Monaten die Zentralvorstände wieder unter dem Voritz der Unparteiischen zusammenkommen sollen und daß Anträge für das Zustandekommen eines Reichstaxtarifgesetzes inzwischen an den Unparteiischen Dr. v. Schulz-Berlin zu richten sind. Die Bewegung im Hamburg-er Hafen hat größere Dimensionen angenommen. Wie bereits gemeldet werden konnte, hat sich der Hafenbetriebsverein bereit erklärt, mit den Hafenarbeitern über eine Neuregelung der Lohnverhältnisse zu verhandeln. Diese Verhandlungen haben auch bereits begonnen, und es steht zu erwarten, daß sie friedlich verlaufen, wenn auch die Frage der Arbeitszeitverkürzung bedenkliche Schwierigkeiten hervorruft. Inzwischen haben auch die Seelute Forderungen eingereicht, die selbst von beteiligten Arbeitgebern als durchaus gemäßig anerkannt worden sind, so daß auch hier die Aussicht auf friedliche Verständigung vorhanden ist. — In Magdeburg haben wegen Lohnendifferenzen etwa 200 Lastfuhrkutscher die Arbeit niedergelegt. — Der Streik in der Götlicher Waggonfabrik dauert fort. Als Arbeitswilige fungieren die Mitglieder des gelben Werbervereins, die auf die Wohlfahrtseinrichtungen des Betriebes nicht verzichten wollen. Wie es darum bestellt ist, das zeigt am besten das Vorgehen der Betriebsleitung, die allen Ausständigen die in der Gartenkolonie des Betriebes kleine Laubengärten innehaben, das weitere Recht der Benutzung dieser Fläche abgesprochen hat. Die bereits gemachten Anpflanzungen sollen entfernt werden. Alle diese Maßnahmen werden natürlich die Arbeiter nicht dazu bringen, von ihren berechtigten Forderungen abzugeben. — Der Streik der Landschaftsgärtner kann als beendet gelten, nachdem die Mehrzahl der Betriebe die Forderungen der Arbeiter anerkannt hat und die meisten Streikenden in anderen Gärtnereien Stellung gefunden haben. — Der Streik der Stukkateure in Berlin nimmt seinen Fortgang. — In den sächsischen Kohlenrevieren dauert der Kampf ebenfalls noch an. Von einem Abflauen der Bewegung ist nichts zu

spüren. — Die Differenzen bei dem Zimmermeister Hofod in Neuenburg i. Westpr. sind nach längeren Verhandlungen, an denen auch ein Vertreter des westpreussischen Arbeitgeber-Schlichterbandes für das Baugewerbe teilgenommen hat, beigelegt worden, nachdem durch Anschlag bekannt gegeben worden ist, daß der betreffende Unternehmer den tarifmäßigen Lohn bezahlt. — In Rostock i. Schlef. sind die Tarifverhandlungen noch nicht abgeschlossen. Die Mehrheit der Arbeitgeber steht dem Abschluß des Tarifvertrages freundlich gegenüber. Nur in dem Baugewerbe von Manegold sind Schwierigkeiten entstanden, weil hier die Unorganisierten erklärt haben, daß sie an einem Vertragsabschluß kein Interesse hätten. Eine solche Haltung ist umso begreiflicher, als erst auf unsere Forderungen hin kürzlich die Stundenlöhne von 36 auf 38 Pf. erhöht worden sind.

Die Mitteilungen von der Beilegung des Kohlenarbeiterstreiks in Böhmen waren verfrüht. Auf verschiedenen Gruben haben die Arbeiter die getroffenen Vereinbarungen abgelehnt und streiten weiter.

**Für die Neutralität der „freien“ Gewerkschaften** liefert einen neuen Beweis die Kontrollkarte, die der Deutsche Bauarbeiterverband, Zweigverein Augsburg und Umgegend, an seine Mitglieder ausgibt. Diese Kontrollkarte enthält auf der einen Seite die nötigen Felder zur Abtemelung der geleisteten Beiträge, auf der andern Seite aber ebenfalls Felder vorgezeichnet, auf denen über das Abonnement der „Schwäbischen Volksztg.“, des sozialdemokratischen Parteiorgans, quittiert wird. Außerdem enthält die Kontrollkarte eine Bescheinigung über die Beteiligung an der Reichstags- und Landtagswahl.

Was haben alle diese Dinge mit der gewerkschaftlichen Organisation zu tun? Zweifellos läßt diese Kontrollkarte erkennen, daß die Mitglieder des Bauarbeiterverbandes auch Mitglied der sozialdemokratischen Partei sein müssen. Das ist zwar für alle Eingeweihten nichts Neues, da es aber von jener Seite häufig bestritten wird, ist es gut, von derartigen Dokumenten hin und wieder Kenntnis zu nehmen.

**Wohin die öde Phrasendrescherei, die seitens der Sozialdemokraten geübt wird, oftmals führt,** zeigt uns ein Flugblatt des Arbeiter-Stenographen-Bundes. Das Flugblatt ist an die Arbeiter und Parteigenossen gerichtet, empfiehlt die deutsche Volkszeitung (System Trends) und die kurze des Arbeiter-Stenographen-Bereins. Das Flugblatt schließt dann mit folgendem Satz:

„Der Deutsche Arbeiter-Stenographen-Bund selbst ist eine in jeder Hinsicht rein proletarische auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehende Organisation, die eine radikale Umgestaltung unserer reaktionären Schriftverhältnisse anstrebt.“

Die „reaktionären Schriftverhältnisse“ werden wohl extra von dem Verfasser erfunden worden sein, um auch hier etwas „radikal“ umgestalten zu können, denn umgestaltet muß doch nun einmal werden. Am besten erscheint uns, daß der Verfasser in seinem Gehirn mit der Umgestaltung anfängt.

**Hoher die Fißsquellen der Gelben fließen,** das zeigt von neuem ein vertrauliches Schreiben, das der „Volksztg. für das Muldental“ aus Wurzen bei Leipzig auf den Tisch gelogen ist. Dasselbst ist ein gelber Verein ins Leben gerufen worden, dessen Unterhaltungskosten von den Unternehmern bestritten werden. Das Rundschreiben lautet nämlich:

**Vertraulich! P. P. 19. 8. 12**

Wie aus der Beilage ersichtlich, ist der Verein begründet, und damit die von der Sozialdemokratie etwas bedrängten Mitglieder Mut empfinden, habe ich der Wurzener Bank für den Verein

- 2000 Mk. zur Sicherung der Unterstüßungsgelder und
  - 1000 „ für den Sekretärgesalt,
  - 3000 „ abschlägig auf unsere Vertragsleistungen überweisen lassen.
- D. W. d. S. E. J.  
D. R.

Die rätselhaft' Unterstüßung wird von dem obengenannten Blatt folgendermaßen gedeutet: Ortsverwaltung Wurzen des Verbandes sächsischer Industrieller. Der Vorstand. Wir glauben, daß diese Deutung richtig ist, denn von den Gelben selbst wird gar nicht bestritten, daß sie aus der Tasche der Unternehmer leben. Und da gibt es noch Leute, die behaupten, daß trotzdem die gelben Organisationen vom Unternehmertum unabhängige Gebilde seien, die wirksam für die Interessen der Arbeiter eintreten könnten.

**Gerechte Strafe für Tarifbruch.** Wie man Arbeitgeber zur Innehaltung der abgeschlossenen Verträge zwingen kann, das hat der Bürgermeister der französischen Seifenfabrik Savre praktisch gezeigt. Nach der Zeitfrist für Deutschlands Buchdrucker hat er nämlich einem Buchdruckerbesitzer bei der Bezahlung einer Rechnung für städtische Druckarbeiten den Betrag von 110 Frs. abgezogen, weil der Herr trotz der Tariflaufel, die alle Buchdruckerbesitzer schon Savre bei der Ausführung öffentlicher Arbeiten zur Einhaltung des mit der Organisation abgeschlossenen Tarifes verpflichtet, unter dem Tarif bezahlt und sich dadurch um die genannte Summe bereichert hatte. Die dem Unternehmer vorenthaltenen 110 Frs. sind unter die zu gering entlohnten Arbeiter verteilt worden. Öffentlich vergeht nunmehr diesem Buchdruckerbesitzer und auch seinen Gefinnungsgenossen die Lust, sich willkürlich über die tariflichen Bestimmungen hinwegzusetzen.

**Mutterchaftsversicherung in Schweden.** Im schwedischen Reichstag wird jetzt ein Gesetzentwurf beraten, der für die in der Industrie tätigen Frauen die Einführung der Mutterchaftsversicherung herbeiführen will. Diese Versicherung soll obligatorisch sein für alle gewerblichen Arbeiterinnen im Alter von 15 bis 50 Jahren. Die Versicherung soll unter Oberaufsicht des Staates stehen, doch sollen die unteren Aufsichtsorgane den Gemeindebehörden angegliedert werden. Die schwangeren Frauen sollen als Unterstützung vor der Geburt des Kindes und nach der Geburt je 14 Tage, also zusammen vier Wochen eine Unterstützung von täglich 2 Kronen (2,25 Mk.) erhalten. Müssen schwangere Frauen wegen ihres Zustandes längere Zeit vor der Geburt des Kindes die Arbeit niederlegen, so soll auch die Unterstützung länger dauern und zwar bis zu 90 Tagen. Jede in die Mutterchaftsversicherung eingegliederte Mutter, die ihr Kind mindestens drei Monate selbst stillt, soll außerdem eine Stillprämie von 15 Kronen erhalten. Die Beiträge sollen monatlich erhoben werden und betragen für den Monat 27 Öre (30 Pfg.); zu zwei Dritteln wären sie von den Arbeiterinnen zu tragen, zu einem Drittel von den Arbeitgebern. Die Verwaltungsausgaben sollen vom Staat getragen werden; außerdem verpflichtet sich die Staatsverwaltung 25 Proz. der Ausgaben für die Stillprämien zu leisten und etwaige Fehlbeträge der Mutterchaftsversicherung zu decken.

Die Entwicklung des städtischen Gebankens in Groß-Berlin seit 1848 lautet das Thema, das Dr. W. Segemann in einer von der Gesellschaft für Soziale Reform, Ortsgruppe Berlin, veranstalteten öffentlichen Versammlung behandeln wird, die am Montag, den 15. April, abends 8 Uhr im Bürgeraal des Berliner Rathauses stattfinden wird. Nach dem Vortrage findet Diskussion statt. Unsere Mitglieder sind zu der Versammlung eingeladen. Der Besuch kann nur empfohlen werden.

## Gewerkevereins-Zeil.

**Chemnitz.** Auch hier ist es uns endlich gelungen, am Palmsonntag unter zahlreicher Beteiligung von Gewerkevereinskollegen und deren Angehörigen eine Jugendabteilung ins Leben zu rufen, die auf dem Boden des Programms des Jugendbundes der Deutschen Gewerkevereine steht. In den Ausschuss wurden gewählt Oswald Flach, Emma Keef und Ernst Anke. Der Gründungsabend wurde durch Klavier-vorträge, Rezitationen und eine Festansprache ver-schönt. Öffentlich folgen noch recht zahlreiche solcher Veranstaltungen, damit es gelingt, auch unserer Jugendabteilung viele neue Mitglieder zuzuführen. Wenn es uns an der Unterstützung der älteren Kol-legen nicht fehlt, wird uns dies auch möglich sein. x.

## Verbands-Zeil.

**3. Cui-tung**  
Über die für die streitenden Bergarbeiter  
eingesandten Sammelgelber.

**Baubandwerker:** Liegnitz 21, 4, 90. **Bilbauer:** Berlin 27, 70, Duisburg 30, Potsdampel 5. **Gemein-darbeiter:** Berlin, Wdt. 22 6, München 20. **Graphische Berufe und Maler:** Cannstatt 3, Magde-burg 10. **Schlarbeiter:** Berlin II 3, Berlin-West 4, 06, Duisburg 25, Pagen 1, Belff. 6, Damburg (3. Rate) 0,50, Bahnau 7,30, Lübed 7,45, Rannheim 6, Rothenthal 2, Striegau 15, 90, Themas 5. **Schuhmacher u. Lederarbeiter:** Salber-stadt 8,35, Rülheim-Ruhr 10, Hofweim 11,65. **Textil-arbeiter:** Berlin 10, Grimmitzschau 2,50, Düren 3,35, Forst-Lautitz 25, Gera 12, Seelenabrunn 6,40, Jehniz 10,05, Kruwerf 6, Bgarren und Tabak-arbeiter: Fintterwalde 10, Kirchheim 5. **Orts-verbände:** Bitterfeld 10, Weislau 10, Cannstatt 3,40, Schkeubitz 5, Hedermünde 25. **Privat:** Siffenat-Berlin 3, Casper-Jena 4,80, Balzer-Franfurt a. Main 6. Aus einem noch vor-handenen Fonds der Verbandsklasse 1000. Summa 21. 1376,30. Vereits quittiert 21. 1071,32. Summa 21. 2447,62.

Berlin, den 11. April 1912.  
R. Klein, Verbandskassierer.

## Versammlungen.

**Berlin. Distrikterklub der Deutschen Gewer-kevereine (G. D.).** Verbandshaus der Deutschen Gewer-kevereine, Grefswalderstr. 221-223. Am 17. April, abends 8 1/2 Uhr Vortrag des Kollegen Rewin. Gäste will. — **Gewerkevereins-Liebertafel (G. D.).** Jeden Donner-stag, abds. 9-11 Uhr Nebungshunde i. Verbandshause d. Deutschen Gewerkevereine (Grüner Saal). Gäste will. — **Sonnabend, 13. April. Maschinenbau u. Metall-arbeiter III.** Abends 8 1/2 Uhr im Nordend-Rafino, Alt-Moabit 65-56. **Billetabdrückung.** — **Maschinen-bau u. Metallarbeiter VIII.** Abends 8 1/2 Uhr Sicht-bildervortrag: „Im Reiche der schwarzen Diamanten“, im Verbandshause, Grefswalderstr. 221-223. — **Maschinenbau und Metallarbeiter XI.** Abends 8 1/2 Uhr im Vereinslokal, Markthallenstr., Arminiusplatz. — **Maschinenbau und Metallarbeiter XIII.** Abds. 8 1/2 Uhr Schönhauser Allee 65. L. D.: Geschäftliches. Monatsbericht. Wirtschaftliche Gelegenheiten. — **Maschinen-bau und Metallarbeiter XII.** Abends 8-10 Uhr

Zahlabend bei Kraul, Futtbuserstr. 51. Am 27. 4. Sichtbildervortrag in der Harmonie, Invalidenstr. Frauen und Mädchen Berlin I. Sonntag, 14. April, vorm. 11 Uhr. Beerdigung des Telefonamtes Walsburg, Walsburgerstr. 41-42. Gäste will. **Reinhold I.** (Maschinenbau und Metallarbeiter). Sonnabend, den 13. April, abends 9 Uhr 5 bei Ramo, Jägerstr. 77. Geschäftliches. Bericht. Anträge. Ver-richtungsangelegenheiten.

## Orts- und Regionalverbände.

**Bremen (Ortsverband).** Jeden 1. Dienstag im Mo-nat, abends 8 1/2 Uhr Vertretung in Duthops Gesell-schaftshaus, Reilmstr.; jeden 1. und 3. Donnerstag im Monat Distrikterklub ebenda, pünktlich 8 1/2 Uhr abends. — **Cottbus (Distrikterklub).** Sitzung jeden 2. u. 4. Don-nerstag im Monat bei Hankeln, Sandowstr. 43. — **Dessau. Gewerkevereins-Liebertafel** jeden Mittwoch, abds. 8 1/2 Uhr Nebungsh. i. Vereinsl. „Fasan“, Marktstr. — **Düsseldorf (Beitewirtschaftsklub).** Jeden Sonntag, abds. von 9-11 Uhr i. Verbandshaus, Kurfürstenstr. 29. Sitzung. — **Eberfeld - Harren (Ortsverband).** Jeden 1. Mittwoch im Monat, abends 8 1/2 Uhr, Vertretung bei Roggen-kämpfer, Eberfeld, Lützenstr. und Erholungstr.-Gde. — **Geisenkirchen (Ortsverband).** Jeden ersten Sonntag im Monat Ortsverband-Gewerkevereine, vormittags 10 Uhr, im Verkehrslokal G. Simon, Alter Markt. — **Haaren b. Wachen.** Jeden 3. Sonnabend im Monat, abends 8 1/2 Uhr, Distrikterabend bei Lubewigs. — **Halle a. S. (Ortsv.).** Der Distrikterabend jed. 1. Son-nabend i. Monat i. Postg.-Bef., Gr. Brauhausstr., Rati. — **Hamburg (Ortsverb.).** Jeden Dienstag, abds. 8 1/2 Uhr im Restaurant „Viehpf.“, Lagerstraße 2. Distrikterabend. — **Hamburg (Gewerkevereins-Liebertafel).** Jeden Donnerstag Nebungsh. b. Thöner in Altona, Einmühlstr. 48-50. — **Hamm (Ortsverband).** Sonntag, 21. April, nachm. 4 Uhr Ortsverbandversammlung bei Fr. Pfelefeld in Marl. Vortrag des Kollegen Grüling. Wanne. — **Hannover-Linden und Umgegend (Ortsverband).** Monatsberf. der Jugendabtl. am Sonntag, nach dem 15. eines jeden Monats morgens 10 Uhr in Linden bei Herrn Steimeler. **Herne in Westf. (Ortsverband).** Jeden 1. Sonntag im Monat Ortsverband-Gewerkevereine bei Fr. Witten Kube, Herne I, gegenüber der evang. Kirche. — **Hierlohn Distrikterabend** jeden 2. Mittwoch bei Hilde. — **Leipzig (Gewerkevereins-Liebertafel).** Die Nebungshunden finden jeden Mittwoch abends 9 bis 11 Uhr im Ver-einslokal „Stadt Hannover“, Seeburgstr. 25, statt. Gäste und stimmbegabte Mitglieder sind herzgl. willkommen. — **Mühlheim a. Ruhr.** Jeden 3. Sonntag im Monat, vormittags 10 1/2 Uhr Vertretung im Verbands-lokal bei Herrn Johann Müller, Sandstraße 38. — **Stettin (Sängerchor der Gewerkevereine).** Die Nebungshunden finden jed. Dienstag abds. 8 1/2 Uhr im Lokal Rebel, Poststr. 5, Rati. Stimmbegabte Kollegen sind herzgl. willk. — **Tegel (Distrikterklub für Regel, Postgasse und Reinickendorf).** Sitzung jeden Dienstag Abend von 8 bis 10 Uhr b. Römer, Schilderstr. 28, Gde. Schönbergstr. — **Thorn (Bäder).** Jeden Sonntag nach dem 1. Orts-vereinsversammlung bei Wicel, Krauerstr. 62. — **Hedermünde und Umg. (Ortsverb.)** Sonntag, den 21. April, nachm. 4 Uhr öffentl. Berf. in Gaeche (Deut-sches Haus). Rf. Rf. Goldschmidt. Vertretung, 3 Uhr. — **Weißenfels a. S. (Ortsverband)** der Gewer-kevereine. Nebungshunde jeder Dienstag, abends 8 bis 11 Uhr im Vereinslokal „Schweigerhaus“, Schützenstraße. Beschlusstunde Gewerkevereinskollegen stets willkommen. — **Weißenfels (Ortsverband).** Jeden 1. Sonnabend im Monat Distrikterabend in Hermanns Garten. — **Worms (Ortsverband).** Jeden Dienstag, abends 9 Uhr, Singstunde im Verbandslokal Rheintal.

## Anzeigen-Zeil.

Inserate werden nur gegen vorherige Bezahlung aufgenommen.

Zur Beachtung für die Mitglieder in Groß-Berlin!

### Hörerkarten

für die Vorlesungen der „Freien Hochschule“ und der „Gumboldt-Akademie“ sind zu ermäßigten Preisen im Verbandsbureau zu haben. Wir bitten davon recht zahlreichen Gebrauch zu machen. Auf Wunsch gelangen auch kostenlos ausführliche Programme der Vorlesungen zur Ver-fügung.

Schriftliche Bestellungen sind an den Unterzeichneten zu richten.

Berlin NO. 55, Grefswalderstr. 221/223.

Der geschäftsführende Ausschuss.

S. Reusfeldt, Verbandssekretär.

**Hedermünde und Umgegend (Ortsverb.).** Durchreisende Gewer-kevereinskollegen erh. eine Reiseunter-stützung von 1 Marl. Karten in Hedermünde, von Kollegen R. Berndt, (Schauffstr. 19, in Pargelow b. Kollegen S. Ber-nifow, Karlsruherstr. 7.

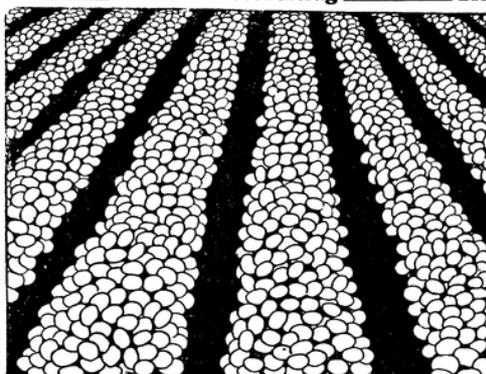


**FAHNEN.**  
Vereinsabzeichen etc.  
gut und billigst bei  
**Theobald Berkop**  
in Oppeln in O. S.  
Im eigenen Interesse  
bitte genau auf meine al-  
ternommierte seit 1895 beste-  
hende Firma zu achten.  
Telephon 188.

Magdeburg (Baubandwerker).  
75 Pfennig im Bureau, Rath-  
str. 75 II.

## Ausehenerregende Kartoffelsorte!

60 facher Riesenertrag — Edelkartoffel T. Zieglers „Diamant“.



Diamant ist die allerbestste Feinmehndecke aller existierenden Kartoffeln, wenn man sie anfangs Juni, wenn die meisten anderen Sorten noch grün in der Erde liegen, ge-ernt hat, pflanzt man mit Erfolg nochmal Diamant und erntet das zweite Mal von demselben Land im August. Diamant schmeckt anfangs Juli schon besser als die feinsten Spätkartoffeln im Winter, ist wegen ihres extra pflanzten Geschmacks eine wertvolle Delikatess und wird deshalb auch Futter-kartoffel genannt. Trotz der außerordent-lichen Fruchtbarkeit liefert sie den dreifachen Ertrag der feinsten Erbschoten oder Wäus-chenkartoffeln im Juni 150 Zentner und wenn man sie bis im Juli stehen läst: 200 Zentner der „Roggen“, na. Diamant wird sich einen Stützpunkt durch die ganze Welt sichern, was auch durch die eingegangenen Anerken-nungsbüchlein bestätigt. Der Qualitäts-bericht in Hoff. S. 12 schreibt am 20. Juni: Ich war der erste mit diesen Kartoffeln auf dem Markt, meine ganzen Verwandten wollen sich im Frühjahr auch Diamant (schicken lassen). Der Genl. Weiser, Genl. (Oberbefehl) schreibt am 6. August: Mit den Diamant-kartoffeln bin ich sehr zufrieden, trotz dem trockenen Wetter. Erlaube Sie hierdurch er-götzt auf einliegender Karte polivendend mitzutheilen, wie teuer sich der Zentner augen-blicklich stellt, ich möchte wieder schreiben, vorher aber den Preis wissen. Herr Wilhelm Dies, Altkocherheim-Fraustr. a. W. schreibt: Mit den im vergangenen Jahre von Ihnen bezogenen Kartoffeln „Diamant“ habe ich großartigen Erfolg gehabt, trotz der enormen Hitze waren bis 80 Stück mittlere und sehr große an einem Stod. — Je ver-fende, solange Vorrat reicht, nur bei frohlichem Wetter, und können deshalb Bestellungen auch bei kaltem Wetter werden. Edel-kartoffeln Ziegler's Diamant 10 Pfund Postfrei für 21. 3.—, 20 Pfund für 21. 5.— in blankierten Säcken mit bekannter Schutzmarke und made darauf aufmerks. daß dieselben nicht durch meine Vertreter, sondern nur von mir direkt zu beziehen sind.

Theophil Ziegler, Erfurt 187.